

# Pressespiegel

BNN Bruchsal   
 BNN Bretten   
 BNN Kreiszeitung   
 Brettener Woche   
 Kurier   
 Datum 30. Juli 2011

Pforzheimer Zeitung   
 Mühlaber Tageblatt   
 Handelsblatt   
 IHK   
 Wochenblatt   
 Amtsblatt Stadt Bruchsal   
 Pforzheimer Rundschau

[www.ka-news.de](http://www.ka-news.de)   
[www.bruchsal-net.de](http://www.bruchsal-net.de)   
[www.bruchsal.org.de](http://www.bruchsal.org.de)   
[www.bruchsal-xl.de](http://www.bruchsal-xl.de)   
[www.landfunker.de](http://www.landfunker.de)   
[www.bak-bretten.de](http://www.bak-bretten.de)



Bruchsal

## IG Metall und Politiker diskutieren über Leiharbeit

### Kein Konsens beim Thema „Equal Pay“ / 5 500 Unterschriften an Olav Gütting und Axel Fischer überreicht



ENIGKEIT IN TEILBEREICHEN: Die Bundestagsabgeordneten Olav Gütting (Zweiter von links) und Axel Fischer mit dem Bruchsaler IG-Metall-Chef Eberhard Schneider in ihrer Mitte. Foto: pr

Bruchsal (ENN/pr). Zum Meinungsaustausch zwischen Politik und Arbeitnehmervertretern haben sich die Bundestagsabgeordneten Axel Fischer und Olav Gütting (beide CDU) mit Betriebsratsvorsitzenden der IG Metall Bruchsal getroffen. Im Mittelpunkt stand dabei die betriebliche Situation bei der Leiharbeit. Seit Ende der Wirtschaftskrise hat die Zeitarbeit einen erheblichen Aufschwung genommen. Auch wenn der prozentuale Anteil der Zeitarbeit an den Beschäftigungsverhältnissen im Bereich Bruchsal lediglich etwa 3,3 Prozent ausmacht, sehen die Betriebsräte und die IG Metall dringenden Handlungsbedarf, wie es hieß.

Insbesondere in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie sei der Anteil der in Leiharbeit Beschäftigten häufig über der Zehn-Prozent-Marke. Bei einem großen Unternehmen in Bruchsal seien beispielsweise über 500 Leiharbeiter im Einsatz. Der so einsetzenden Spaltung innerhalb der Betriebsbelegschaft müsse Einhalt geboten werden. Die Gewerkschafter trugen Gütting und Fischer zahlreiche problematische Beispiele aus

der betrieblichen Praxis vor. Einige waren sich Politik und Gewerkschaft, dass Missbrauch gestoppt werden muss. Die beiden Christdemokraten verwiesen beispielsweise auf die letzte Regulierungsmaßnahme der Bundesregierung, mit der das so genannte Drehtürmodell, bei dem regulären Stamm-Arbeitnehmern erst gekündigt wird, um sie anschließend als minderbezahlte Leiharbeiter wieder einzustellen, verboten wurde.

Keinen Konsens konnten die Beteiligten beim Thema „Equal Pay“ (gleiche Bezahlung) erzielen. Während die Vertreter der IG Metall den Grundsatz gleicher Lohn mit Beginn der Beschäftigung fordern, hielten Gütting und Fischer eine unterschiedliche Bezahlung während der Einarbeitungszeit durchaus für sinnvoll.

Zum Abschluss des Gesprächs überreichte der Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal, Schneider, Gütting und Fischer eine Unterschriftenliste mit über 5 500 Unterschriften aus einem Aufruf „Arbeit sicher, aber fair“, der sich gegen Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge richtet.